

Beiräte fordern mehr Mitsprache beim Verkehr

Konferenz im Rathaus: Teilhabe von Migranten an der Lokalpolitik und Mindestlohn weitere Themen

Von Liane Janz Bremen. Der Stadtverkehr, die Teilhabe von Migranten an der Lokalpolitik und das Mitspracherecht der Beiräte in Grundstücksfragen waren die drei großen Themen auf der Beirätekonferenz gestern Abend im Rathaus. Dazu wurden auch Vertreter aus Behörden eingeladen, die in die einzelnen Punkte einführten.

Eva Quante-Brandt, Staatsrätin für Bundes- und Europa-Angelegenheiten und Integration, stellte ein Papier über die "Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten" vor. Es sei inzwischen wichtig geworden, sagte sie, nicht mehr nur von Integration, sondern von aktiver Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben zu sprechen. Die Beiräte sollten auflisten, wie viele Migranten Mitglieder der Regionalparlamente sind und wie viele als sachkundige Bürger in den Beiräten und Ausschüssen mitarbeiten. Außerdem sollten sich die Beiräte integrationspolitische Themen überlegen und stadtteilbezogene Integrationsveranstaltungen zusammen mit örtlichen Trägern für Integrationsarbeit anbieten. Dadurch könnten verstärkt Migranten auf die Arbeit der Stadtteilbeiräte aufmerksam gemacht und zu einer Mitarbeit bewegt werden. In einem nächsten Schritt sollen nun mit den Ortsämtern Gespräche geführt und Möglichkeiten für eine aktive Integrationsarbeit gefunden werden.

Auf der Beirätekonferenz wurde auch ein Zeitplan für die Erarbeitung eines Verkehrsentwicklungsplans vorgestellt. Wie Gunnar Polzin vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erläuterte, soll der endgültige Plan in zwei Jahren feststehen. Innerhalb dieser Zeit sollen die Beiräte und die Öffentlichkeit immer wieder beteiligt werden, beispielsweise wenn es um eine Mängel- und Chancenanalyse geht. "In diesem Punkt ist Ihre lokale Kompetenz stark gefordert", so Polzin. Aber auch bei der Entwicklung von Konzepten und Szenarien sollen die Beiräte einbezogen werden.

Die forderten dagegen mehr Mitspracherecht vor allem beim Erarbeiten von Lösungen für stadtteilbezogene Verkehrsprobleme. Gunnar Polzin kündigte an, die genaue Beteiligung der Beiräte innerhalb der Bau- und Verkehrsbehörde noch einmal zu besprechen.

Die Frage, wie genau eine "Richtlinie über die Zusammenarbeit mit den Beiräten und Ortsämtern in Grundstücksangelegenheiten" formuliert werden soll, vertagten die Beiräte nach langer Diskussion auf die nächste Sitzung im März.

Bis dahin soll auch geprüft werden, ob die Beiräte bei der Vergabe von Globalmitteln fordern können, dass die Antragsteller Firmen beauftragen, die Mindestlöhne zahlen.

Zudem trafen die Beiräte die Verabredung, dass das Thema "Freilaufflächen für Hunde" noch einmal auf die stadtpolitische Tagesordnung kommt. Dabei sollen auf Anregung des Bausenators die Beiräte selbst entscheiden können, ob sie derartige Flächen in ihren Stadtteilen zur Verfügung stellen möchten und wie die gestaltet werden sollen.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 9 Datum: 31.01.2012